



75. Jahrgang / Februar 2002

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 6. <i>Der Österreichische Versöhnungsfonds</i> | 8. <i>Veranstaltungshinweis: Mediation</i> |
| 7. <i>Übersicht über die genehmigten Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2001</i> | <i>Verbraucherpreisindex für Dezember 2001 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

6.

Der Österreichische Versöhnungsfonds

Freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet des heutigen Österreich

Einleitung

Über eine Million Ausländer wurden vom nationalsozialistischen Regime zur Arbeit auf dem Gebiet des heutigen Österreich gezwungen. Sklaven- und Zwangsarbeit waren Ausdruck einer grausamen Missachtung der Menschenrechte und bedeuteten Deportation von Menschen aller Altersgruppen, ihre Entrechtung, Versklavung, Misshandlung, Verletzung ihrer Menschenwürde und in vielen Fällen ihre Vernichtung durch Arbeit. Viele der Betroffenen haben sich in ihrem späteren Leben vom Trauma der Verschleppung nie mehr befreien können.

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel betonte in seiner Regierungserklärung am 9. Februar 2000: „Wenn wir über die Zukunft der Jugend reden, dann müssen wir ihr auch etwas ganz Wesentliches mit auf den Weg geben: das Wissen um die Geschichte dieses Landes. Österreichs NS-Vergangenheit erfordert eine besonders wache und kritische Auseinandersetzung und die notwendige Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems. Dieses Wissen und die Sensibilität müssen wir künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergeben. Einige wichtige Schritte wurden in den letzten Jahren bereits gesetzt. Jetzt geht es darum, dass die Bundesregierung im Lichte des Zwischenberichtes der Österreichischen Historikerkommission die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen rasch entschädigt. Die neue Bundesregierung wird darauf drängen, dass die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter, die jetzt in einer Altersgruppe sind, wo sie dringend der Hilfe bedürfen, so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen. Die Bundesregierung wird sich auch für eine Lösung der übr-

gen noch offenen Fragen in diesem Zusammenhang einsetzen. Zwar werden erst nach Vorliegen des Endberichts der Historikerkommission alle Fakten darüber auf dem Tisch liegen, wie diese Republik nach dem Krieg mit den von den Nazis geraubten Vermögenswerten umgegangen ist, und inwieweit die gesetzten Maßnahmen ausreichend waren. Im Interesse der noch lebenden Opfer werden wir aber vor allem jenen Überlebenden des Holocaust, die von den bisherigen Maßnahmen nicht oder nur ungenügend erfasst waren und heute in schwierigen finanziellen Verhältnissen leben, rasch entsprechende Hilfe zukommen lassen. (...)“

Dementsprechend hat die neue österreichische Bundesregierung am 15. Februar 2000 die frühere Präsidentin der Österreichischen Nationalbank, Dr. Maria Schaumayer, zur Regierungsbeauftragten zur Führung von Verhandlungen zwecks Regelung der Frage der Sklaven- und Zwangsarbeit bestellt.

Erarbeiten einer eigenständigen österreichischen Lösung

In ihrer Vorstellungspressekonferenz wies Dr. Schaumayer darauf hin, dass sie rasch vorzugehen beabsichtige, um so den betagten Opfern so schnell wie möglich, möglichst noch vor Ende 2000, Zahlungen zukommen zu lassen. Dr. Schaumayer kündigte an, dass sie nach einer eigenständigen österreichischen Lösung strebe, die den Besonderheiten der österreichischen Situation Rechnung trage. Sie teilte mit, dass sie der österreichischen Bundesregierung und dem österreichischen Parlament die Errichtung eines Fonds vorschlagen werde, der direkte Zahlungen an die Opfer leisten und damit sicherstellen solle, dass die Zahlungen den Betroffenen

ungeschmälert zugute kommen. Beiträge an den Fonds sollten von der Republik Österreich und der österreichischen Wirtschaft geleistet werden. Aufgrund der Bestimmungen des Österreichischen Staatsvertrages von 1955, der Österreich von allen zukünftigen Reparationszahlungen befreit, und angesichts der Tatsache, dass die österreichischen Unternehmen nicht Rechtsnachfolger der Unternehmen des nationalsozialistischen Regimes sind, erklärte sie ebenfalls, dass die zukünftigen Leistungen des Fonds auf einer freiwilligen Basis erfolgen würden.

In der Folge führte Dr. Schaumayer Gespräche mit Regierungsvertretern der Herkunftsländer ehemaliger Sklaven- und Zwangsarbeiter des Naziregimes, die während des Zweiten Weltkrieges auf das Gebiet des heutigen Österreichs deportiert worden waren. Sie traf auch mit Historikern, Vertretern von Opferorganisationen, Rechtsanwälten, Opfern und anderen betroffenen Parteien zusammen.

Am 20. März fand ein erstes Treffen mit dem amerikanischen Vizefinanzminister Stuart Eizenstat in seiner Eigenschaft als Sonderbeauftragter für Ansprüche aus der Zeit des Holocaust statt. Dabei wurde auch die Frage des Rechtsfriedens im Hinblick auf anhängige Verfahren gegen österreichische Unternehmen vor US-Gerichten besprochen. Vizefinanzminister Eizenstat versicherte Dr. Schaumayer, dass Österreich Gleichbehandlung mit Deutschland zuteil werden würde und ein ähnliches „Executive Agreement“ mit den Vereinigten Staaten erhalten könne. Danach wäre die US-Regierung verpflichtet, bei allen zukünftigen Verfahren bezüglich Sklaven- und Zwangsarbeit den amerikanischen Gerichten ein „Statement of Interest“ vorzulegen, in dem sie erklärt, dass eine Abweisung der Forderungen im Interesse der Aussenpolitik der Vereinigten Staaten läge, und dass der österreichische Versöhnungsfonds als einzige Stelle zur Abwicklung solcher Forderungen anzusehen wäre.

In den darauffolgenden Wochen erarbeiteten und verhandelten Dr. Schaumayer und ihre Task Force sechs bilaterale Abkommen mit der Republik Belarus, der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen, der Russischen Föderation und der Ukraine. Zugleich wurde der erste Gesetzesentwurf für die Einrichtung eines Österreichischen Versöhnungsfonds vorbereitet.

Bei einer internationalen Konferenz in der Wiener Hofburg, die am 16. und 17. Mai 2000 unter dem gemeinsamen Vorsitz von Vizefinanzminister Eizenstat und Dr. Schaumayer stattfand, gaben die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Staaten ihre Zustimmung zu den wesentlichen Punkten des geplanten Österreichischen Versöhnungsfonds, einschließlich der Kategorien der Betroffenen, der Berechnung der po-

tentiellen Anzahl von 150.000 Opfern, der Höhe der Leistung für jede Kategorie und der Gesamtfondsmittel von sechs Milliarden Schilling.

Bei einem darauffolgenden Treffen in Washington bezeichnete die US-Regierung den Gesamtbetrag von sechs Milliarden Schilling ebenfalls als fair und angemessen. Kurz danach übermittelte die US-Regierung der österreichischen Bundesregierung einen ersten Entwurf für ein „Executive Agreement“ sowie die Hauptelemente eines „Statement of Interest“, die Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen beiden Seiten bildeten.

Am 6. Juni 2000 legten alle vier Parteien dem österreichischen Nationalrat einen Gesetzesantrag über die Einrichtung eines Österreichischen Versöhnungsfonds vor. Am 7. Juni 2000 wurde das Gesetz dem Verfassungsausschuss vorgelegt, wo es am 30. Juni einstimmig verabschiedet wurde. Am 7. Juli 2000, nicht einmal fünf Monate nach der Bestellung von Dr. Schaumayer, wurde das Versöhnungsfonds-Gesetz von allen vier Parteien im österreichischen Nationalrat einstimmig beschlossen. Eine ebenfalls einstimmige Verabschiedung des Gesetzes folgte im Bundesrat am 19. Juli. Nach Erfüllung der im Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen trat das Versöhnungsfonds-Gesetz mit 27. November 2000 in Kraft.

Die wichtigsten Bestimmungen des Versöhnungsfonds-Gesetzes

Die Leistungen aus dem Fonds richten sich vorwiegend an diejenigen ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes, die aufgrund der zynischen „NS-Hierarchie der Nationalitäten“ in der Zeit des NS-Regimes ein überdurchschnittlich schweres Schicksal und eine besondere Diskriminierung erlitten haben, wobei der Fonds allen Personen offen steht, die eine vergleichbare Behandlung durch das NS-Regime erdulden mussten. Eine Voraussetzung für die Leistung ist die territoriale Zuordnung zum Staatsgebiet des heutigen Österreich.

Der Österreichische Versöhnungsfonds wird Leistungen an Sklaven- und Zwangsarbeiter in Wirtschaft und öffentlichen Diensten sowie in Landwirtschaft und persönlichen Dienstleistungen erbringen. Leistungsbe-rechtigt sind Personen, die deportiert wurden, oder denen nach ihrer freiwilligen Ankunft die Rückkehr in ihr Heimatland verweigert wurde, und die unter schlechten Lebensbedingungen und im Falle der Zwangsarbeiter in der Industrie unter haftmäßiger Unterbringung oder ähnlichen Freiheitsbeschränkungen, oder im Falle der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft unter Einschränkung der persönlichen Rechte oder besonders strengen Disziplinärmaßnahmen zu leiden hatten. Dies

trifft insbesondere auf die ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter aus der früheren Sowjetunion, aus Polen, aus Slowenien, aus Jugoslawien, aus den baltischen Staaten und der Tschechischen Republik zu (Ostarbeiter). Auch Zivilarbeiter aus anderen Ländern, wie z.B. aus Westeuropa, können leistungsberechtigt sein, wenn sie unter ähnlichen Umständen zu leiden hatten. Darüber hinaus sieht eine Bestimmung im Gesetz auch vor, dass Personen leistungsberechtigt sind, die als Resultat ihrer Zwangsarbeit dauernde schwere physische oder psychische Schäden davongetragen haben (Härtefälle). Desgleichen anerkennt Österreich auch seine Verantwortung für Sklavenarbeiter (das sind Zwangsarbeiter, die in Konzentrationslagern oder KZ-ähnlichen Lagern inhaftiert waren), die auf seinem heutigen Staatsgebiet arbeiten mussten und berücksichtigt im Versöhnungsfonds Sklavenarbeiter, die von der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ nicht erfasst sind. Zu diesem Personenkreis gehören ungarische Juden, die in den Jahren 1944 und 1945 von Ungarn in KZ-ähnliche Lager in die Umgebung von Wien verbracht und dort zur Arbeit gezwungen wurden und jene, die in den Südosten Österreichs zum Bau des „Südostwalls“ deportiert wurden, und ebenfalls in der deutschen Stiftung keine Berücksichtigung finden. Aufgrund des deutschen Bundesentschädigungsgesetzes 1956 erfasst die deutsche Stiftung sonst alle Opfer von Sklavenarbeit in Konzentrationslagern, ungeachtet deren geographischer Lage, und leistet somit auch an Insassen des Konzentrationslagers Mauthausen, dessen Nebenlager und der Nebenlager von Dachau, die sich auf dem Gebiet des heutigen Österreich befanden. Der Österreichische Versöhnungsfonds leistet auch Zahlungen an Kinder unter 12 Jahren, die gemeinsam mit ihren Eltern oder einem Elternteil deportiert wurden, und auch an Mütter, die ihre Kinder in besonderen Kliniken für Zwangsarbeiterinnen („Ostarbeiterinnen-Entbindungsheimen“) zur Welt bringen mussten (was in den meisten Fällen zum Tod der Kinder führte) oder die zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden. Zahlungen durch den Fonds erfolgen entweder über Partnerorganisationen (das sind die bereits bestehenden Versöhnungstiftungen) in den mittel- und osteuropäischen Ländern oder in allen anderen Fällen (Kategorie „restliche Welt“) direkt durch den Fonds in Wien. Opferorganisationen in Ländern, in denen es keine Partnerorganisation gibt, können Anträge sammeln und diese kollektiv an den Fonds weiterleiten. Die Leistungen werden in diesen Fällen direkt an die Betroffenen erbracht.

Sklavenarbeiter erhalten eine einmalige Geldleistung von 105.000 S, Arbeiter in Wirtschaft und öffentlichen Diensten 35.000 S, Arbeiter in der Landwirtschaft und in persönlichen Dienstleistungen 20.000 S; Kinder er-

halten den gleichen Betrag wie ihre Eltern, und Mütter, die ihre Kinder in Spezialkliniken für Zwangsarbeiterinnen zur Welt bringen mussten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden, erhalten eine zusätzliche Leistung von 5.000 S. Härtefälle erhalten einen Betrag bis zum Höchstbetrag ihrer jeweiligen Gruppe. Erben von Opfern erhalten nur dann eine Leistung, wenn der Betroffene am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben ist.

Anträge können innerhalb von zwei Jahren nach Inkraft-Treten des Versöhnungsfonds-Gesetzes gestellt werden. Die Tätigkeit des Fonds erstreckt sich über einen Zeitraum von drei Jahren. Ein von den Gesamtmitteln des Fonds in Höhe von 6 Milliarden S verbleibender Betrag soll für Zahlungen im Zusammenhang mit sonstigem Unrecht verwendet werden, das während des NS-Regimes gesetzt wurde, wobei Erben von Sklaven- und Zwangsarbeitern, die vor dem 15. Februar 2000 verstorben sind, besondere Berücksichtigung finden sollen.

Im Zuge der Erarbeitung des österreichischen Versöhnungsfonds-Gesetzes wurden Anregungen von mittel- und osteuropäische Regierungen, aus deren Ländern die meisten Opfer der Sklaven- und Zwangsarbeit stammen, von Opferorganisationen, den Vereinigten Staaten, Vertretern österreichischer Opfer und der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich wie auch von Betroffenen, deren Rechtsvertretern und Rechtsanwälten von Unternehmen miteinbezogen.

Die bilateralen Abkommen mit den zentral- und osteuropäischen Staaten (Belarus, Polen, Tschechische Republik, Ukraine und Ungarn), ebenso wie das Regierungsübereinkommen mit den Vereinigten Staaten wurden am 24. Oktober 2000 im Rahmen einer feierlichen Zeremonie im Bundeskanzleramt in Wien von Bundeskanzler Dr. Schüssel und den Delegationsleitern der fünf zentral- und osteuropäischen Staaten und der amerikanischen Botschafterin in Österreich unterzeichnet. Ebenso wurde von den Vertretern der fünf zentral- und osteuropäischen Staaten, den USA (Deputy Treasury Secretary Stuart Eizenstat), Österreich (Regierungsbeauftragte Dr. Maria Schaumayer), dem Vertreter der österreichischen Wirtschaft (Präsident Dr. Heinz Kessler in seiner Eigenschaft als Obmann der Plattform „Humanitäre Aktion“) und den Klagsanwälten eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, welche u. a. die Verpflichtung der Klagsanwälte zur Zurückziehung der Klagen festlegt.

Die Russische Föderation, die ihren diesbezüglichen innerstaatlichen Prozess nicht rechtzeitig abschließen konnte, holte die Unterzeichnung am 27. November nach.

Nach Unterzeichnung der bilateralen Verträge und der Sicherstellung der nach dem Versöhnungsfonds-Ge-

setz vorgesehenen Mittel von 6 Mrd. Schilling für den Versöhnungsfonds konnte das Versöhnungsfonds-Gesetz mit 27. November 2000 in Kraft treten.

Entsprechend den Bestimmungen des Österreichischen Versöhnungsfondsgesetzes lud Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel als Vorsitzender des Kuratoriums des Versöhnungsfonds die Mitglieder des Kuratoriums zu dessen konstituierender Sitzung ein, die am 20. Dezember 2000 in Wien stattfand.

Bei der ersten Kuratoriumssitzung wurde Botschafter Dr. Ludwig Steiner zum Vorsitzenden des fünfköpfigen Komitees bestellt, welches Entscheidungsorgan für jene Angelegenheiten des Fonds ist, die ihm vom Kuratorium übertragen werden. Zum Generalsekretär, welcher als Exekutivorgan des Fonds den Vorsitzenden des Kuratoriums bei der Leitung des Fonds hauptberuflich unterstützt, die Beschlüsse und Entscheidungen des Kuratoriums und des Komitees vorbereitet und welchem die Durchführung der Beschlüsse und Entscheidungen obliegt, wurde Botschafter Dr. Richard Wotava bestellt.

Beginn der Auszahlungen

Gemäß der Gemeinsamen Erklärung, die am 24. Oktober 2000 unterzeichnet wurde, konnten erste Auszahlungen an Opfer erst nach vollständiger Rückziehung beziehungsweise Abweisung der vor US-Gerichten anhängigen Klagen erfolgen. Mit Abweisung der letzten beiden noch verbliebenen Klagen gegen Österreich und österreichische Unternehmen im Zusammenhang mit Forderungen ehemaliger Sklaven- und Zwangsarbeiter des NS-Regimes am 25. Juli 2001 durch die US-Richterin Shirley W. Kram in New York wurde der Weg für den Beginn der Entschädigungszahlung an ehemalige NS-Zwangsarbeiter schließlich frei gemacht.

Bundeskanzler Schüssel teilte daher den Organen des Österreichischen Versöhnungsfonds mit, dass mit Eintritt der Rechtssicherheit die Voraussetzungen für den Beginn der Auszahlungen gegeben seien. Angesichts der bereits weit gediehenen Vorarbeiten konnten die ersten Auszahlungen sofort beginnen.

Bis Ende Dezember 2001 konnten bereits 48.180 Anträge von ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern anerkannt werden. Es konnten in der Folge Zahlungen in der Höhe von insgesamt 1.523.700.143,75 ATS durchgeführt werden. 13.838 Zahlungen gingen nach Polen, 14.599 Zahlungen in die Ukraine, 9.339 Zahlungen nach Tschechien, 2.288 Zahlungen nach Belarus, 1.186 Zahlungen nach Ungarn und 4.595 Zahlungen an Antragsteller in 25 weiteren Staaten in aller Welt.

Mitwirkung des Landes und der Gemeinden

Für die vom Versöhnungsfonds-Gesetz, BGBl. I Nr. 74/2000, gebotene rasche und verantwortliche Bearbei-

tung der Anträge ehemaliger Sklaven- und Zwangsarbeiter ist die Mitwirkung des Landes und der Gemeinden erforderlich. Die Anträge der ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter an den Versöhnungsfonds bzw. dessen Partnerorganisationen in der Republik Belarus, in der Republik Polen, in der Russischen Föderation, in der Tschechischen Republik, in der Ukraine und in der Republik Ungarn bedürfen einer Überprüfung. Eine solche Überprüfung ist nicht ohne Rückgriff auf die Unterlagen über Versicherungszeiten bei den seinerzeitigen Ortskassen (nunmehr bei der Tiroler und der Kärntner Gebietskrankenkasse), auf die Unterlagen über polizeiliche Meldungen (bei den Gemeinden und der Bundespolizeidirektion Innsbruck), auf sonstige Unterlagen, wie Ostarbeiterlisten, Arbeitslagerlisten, Listen über Bezugskarten und dgl. (bei den Gemeinden) und auf Zeitzeugen möglich. Leider sind solche Unterlagen nur noch bruchstückhaft vorhanden und Zeitzeugen nur noch in seltenen Fällen greifbar.

Nach § 9 des Versöhnungsfonds-Gesetzes sind der Versöhnungsfonds und die Partnerorganisationen berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

Aufgrund einer Verfügung des Landeshauptmannes Dr. Wendelin Weingartner vom 3. Mai 2000, Zahl LH-SO 1/29, ist Dr. Helmut Praxmarer, Vorstand der Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes der Tiroler Landesregierung, Tiroler Ansprechpartner und Koordinator. Der Ansprechpartner und Koordinator ist in die Überprüfung der Anträge und in die Suche nach Unterlagen und Zeitzeugen eingebunden.

Wie bereits im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Mai 2000, lfd. Nr. 26, wird an dieser Stelle neuerdings die Bitte ausgesprochen, den Ansprechpartner und Koordinator bei der Suche nach solchen Unterlagen und Zeitzeugen auch weiterhin nach Kräften zu unterstützen.

KONTAKTADRESSEN:

Österreichischer Versöhnungsfonds

1011 Wien, Rotenturmstrasse 16-18 (Stiege 1),
Postfach 44
Tel. 01/5136016, Fax 01/5136016-15
e-mail: info@versoehnungsfonds.at

Dr. Helmut Praxmarer,

Amt der Tiroler Landesregierung,
Abt. Gemeindeangelegenheiten
6010 Innsbruck, Eduard-Wallnöfer-Platz, Landhaus
Tel. 0512/508-2370, Fax 0512/508-2375
e-mail: h.praxmarer@tirol.gv.at

7.

Übersicht über die genehmigten Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2001 nach Zweckbestimmung

Genehmigte Darlehen 2000 1.674.590.493 2001 1.335.285.330

Gemeinden ohne Innsbruck Stadt	in 1000 S		in % der Darlehenssumme		in 1000 S		in % der Darlehenssumme	
1. Hoheitsverwaltung								
1.1 Schulen		44.500		2,66%		0		0,00%
1.2 Kindergärten		25.510		1,52%		1.500		0,11%
1.3 Wasserleitungsbauten								
Wasserversorgung (UWWF)		0		0,00%		4.674		0,35%
Wasserversorgung (WLF)		23.293		1,39%		22.230		1,66%
Wasserversorgung - Bankdarlehen/UFG		59.322		3,54%		59.968		4,49%
Wasserversorgung (Bank)		<u>2.928</u>	85.543	0,17%		<u>8.900</u>	95.772	0,67%
				5,11%				7,17%
1.4 Kanalbauten								
Abwasserentsorgung (UWWF)		13.573		0,81%		1.988		0,15%
Abwasserentsorgung (WLF)		34.366		2,05%		27.281		2,04%
Abwasserbeseit. - Bankdarlehen/UFG		518.394		30,96%		269.463		20,18%
Abwasserentsorgung (Bank)		<u>17.994</u>	584.327	1,07%		<u>110.368</u>	409.100	8,27%
				34,89%				30,64%
1.5 Wohnbau, Altersheime								
Wohnbau, Altersheime (Wbf)		20.654		1,23%		825		0,06%
Wohnbau, Altersheime (Bank)		<u>171.934</u>	192.588	10,27%		<u>139.071</u>	30.884	10,42%
				11,50%				10,48%
1.6 Sportanlagen		32.887		1,96%		38.500		2,88%
1.7 Friedhöfe		2.000		0,12%		3.500		0,26%
1.8 Strassen, Wege, Brücken		44.658		2,67%		26.691		2,00%
1.9 Abfallbeseitigung		8.490		0,51%		7.960		0,60%
1.10 Feuerwehrewesen								
Feuerwehr (TILAND)		4.700		0,28%		2.700		0,20%
Feuerwehr (Bank)		<u>16.750</u>	21.450	1,00%		<u>2.370</u>	5.070	0,18%
				1,28%				0,38%
1.11 Umschuldung, Kontokorrent, Haushaltsausgleich			177.276	10,59%		420.670		31,50%
1.12 Bezirkskrankenhäuser		100.000		5,97%		0		0,00%
1.13 Sonstiges								
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser		22.700		1,36%		5.864		0,44%
Grundkäufe		62.570		3,74%		29.200		2,19%
Beteiligungen		100.000		5,97%		38.950		2,92%
Musikschulen		0		0,00%		5.800		0,43%
Sonstiges		71.400		4,26%		106.812		8,00%
Weitergabe an Firmen		<u>0</u>	256.670	0,00%		<u>0</u>	186.626	0,00%
				15,33%				13,98%
Summe Hoheitsverwaltung		1.575.899		94,11%		1.226.273		100,00%
2. Erwerbswirtschaftliche Unternehmen		0		0,00%		0		0,00%
Summe Gemeinden ohne Stadt Innsbruck		1.575.899		94,11%		1.226.273		100,00%
Innsbruck - Stadt								
a.o. Vorhaben Stadtgde. Innsbruck		98.691		5,89%		109.012		8,16%
Umschuldung Stadtgde. Innsbruck		0		0,00%		0		0,00%
Summe Innsbruck - Stadt		98.691		5,89%		109.012		8,16%
Darlehensaufnahmen Summe Tirol		1.674.590		100,00%		1.335.285		108,16%

Genehmigte Haftungsübernahmen

Aufschlüsselung der Haftungsübernahmen	2000	2001
Seilbahnen und Lifte	1.800	250
Bäder und Sportanlagen	0	12.200
Wasserleitungs- und Kanalbauten	88.166	19.852
Sonstige	21.950	123.650
Summe Gemeinden (ohne Innsbruck-Stadt)	111.916	155.952
Innsbruck-Stadt	15.000	0
Haftungsübernahmen Summe Tirol	126.916	155.952

Genehmigte Leasingverträge

	2000	2001
Feuerwehrwesen	25.961	28.310
Schulen	56.480	58.150
Musikschulen	0	0
Kindergärten	7.300	0
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	28.224	16.800
Bäder- und Sportanlagen	6.200	0
Altenheime	0	0
Sonstige Zwecke	15.000	6.100
Leasingsumme Gemeinden Tirols	139.165	109.360

HÖHE; ANZAHL UND ZINSSÄTZE DER DARLEHENS-AUFNAHMEN

	Zinssatz	Anzahl	Betrag	%
Umwelt und Wasserwirtschaftsfonds	1,000 %	1	1.761.000	0,13%
	2,000 %	3	3.684.000	0,28%
	3,000 %	1	1.217.000	0,09%
Wasserleitungsfonds	3,500 %	107	49.511.300	3,71%
Wohnbauförderung	1,000 %	1	825.000	0,06%
Zinsenloses Landesdarlehen	0,000 %	0	0	0,00%
Zwischensumme		113	56.998.300	4,27%

Bankdarlehen	0,375 %	1	2.000.000	0,15%
	0,750 %	1	11.722.334	0,88%
	3,250 %	1	1.354.766	0,10%
	3,375 %	7	60.420.000	4,52%
	3,500 %	2	8.000.000	0,60%
	3,625 %	8	51.733.192	3,87%
	3,750 %	11	66.233.000	4,96%
	3,875 %	5	16.000.000	1,20%
	4,000 %	3	17.050.000	1,28%
	4,250 %	3	11.123.000	0,83%
	4,375 %	5	75.812.000	5,68%
	4,500 %	17	114.725.436	8,59%
	4,625 %	17	70.138.000	5,25%
	4,750 %	17	70.979.450	5,32%
	4,875 %	25	152.960.000	11,46%
	5,000 %	12	32.470.000	2,43%
	5,125 %	20	72.852.300	5,46%
	5,250 %	8	27.160.000	2,03%
	5,375 %	4	30.600.000	2,29%
	5,500 %	3	105.845.234	7,93%
	5,625 %	2	12.250.000	0,92%
	5,750 %	4	172.568.000	12,92%
	5,875 %	6	76.990.318	5,77%
	6,000 %	2	14.600.000	1,09%
Zwischensumme		184	1.275.587.030	95,53%
Darlehen von Versicherungen	3,000 %	3	2.700.000	0,20%
Darlehen von Versicherungen	4,000 %	0	0	0,00%
Zwischensumme		3	2.700.000	0,20%
Summe der Darlehensaufnahmen 2000		300	1.335.285.330	100,00%

8.

Veranstaltungshinweis: Mediation

MEDIATION

– ein modernes Instrument zum konstruktiven Umgang mit Konflikten:
Ein geeignetes Modell für die FLUGHAFENDISKUSSION in Innsbruck?

- im großen Saal des Landhaus des ATLR, Eduard-Wallnöfer-Platz 3
- am 07. März 2002, 17.30 Uhr
- voraussichtliche Dauer: ca. 3 Stunden
- veranstaltet vom Landesumweltanwalt für Tirol

Nähere Auskünfte:

Landesumweltanwalt, Brixner Straße 2, A-6020 Innsbruck, Tel. 0512/508-3492, Fax 0512/508-3495,
E-mail: Landesumweltanwalt@tirol.gv.at, www.tirol.gv.at/Landesumweltanwalt

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR DEZEMBER 2001**
(vorläufiges Ergebnis)

	November 2001 (endgültig)	Dezember 2001 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	103,1	103,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	108,5	108,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	141,9	142,1
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	220,5	221,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	387,0	387,8
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	494,7	495,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	493,1	494,1

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2001 beträgt 103,3 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber November 2001 (103,1 endgültige Zahl) um 0,2% gestiegen (November 2001 gegenüber Oktober 2001: -0,1%). Gegenüber Dezember 2000 ergibt sich eine Steigerung um 1,9% (November 2001/2000: +2,1%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck